Jugendarmut – jungen Menschen in prekären Lebenslagen eine Stimme geben

Berichtserstattung in den „Nürnberger Nachrichten“ im Zeitraum vom

05. März 2013 bis 09. März 2013

Ethik 9cH, 9dM, 9 eM

Viele Kinder ohne Perspektive

Relativ wohlhabend, aber nicht wirklich glücklich: Alarmierende Unicef-Studie

KÖLN/NÜRNBERG — In Deutschland ist eine erstaunlich hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen unglücklich mit seinen Lebensumständen — trotz materiellen Wohlstands.

Jeder siebte Jugendliche empfindet seine persönliche Situation als mäßig bis schlecht, wie eine neue Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef feststellte. Von 29 Industrieländern, welche die Studie vergleicht, landet Deutschland damit auf Platz 22; im Jahr 2007 war es noch Rang zwölf.

Das sei ein „erschreckendes Zeugnis", sagte Hans Bertram, Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied des Deutschen Unicef-Komitees. Die einseitige Konzentration auf Leistung und formalen Erfolg führe dazu, dass sich viele Kinder und Jugendliche ausgeschlossen fühlten. „Unsere an Ressourcen reiche Gesellschaft versagt offensichtlich dabei, allen Mädchen und Jungen Hoffnung und Perspektiven auf gerechte Teilhabe zu geben", so Bertram.

Für viele Experten sind die Ergebnisse dieser Umfrage allerdings keine Überraschung. Ein großes Problem sei, dass ihr soziales Umfeld den Jüngsten kaum noch Halt gäben, sagt etwa der Erlanger Jugendpsychiater Gunther Moll gegenüber unserer Zeitung. Vernachlässigung und fehlende Freiräume könnten auf Dauer sogar zu gesundheitlichen Problemen führen.

Betrachtet man dagegen die objektiven Lebensumstände, schneidet die Bundesrepublik in der Unicef-Studie gut ab – und landet dabei auf Platz sechs. Damit ist die Kluft im Vergleich zum Empfinden der Kinder so groß wie in keinem anderen Industrieland.

Gerade im Bildungsbereich loben die Forscher die Fortschritte. Auch in der Kategorie „Verhalten und Risiken" war Deutschland relativ weit vorne: Weniger als 30 Prozent der befragten Kinder waren im vergangenen Jahr in eine körperliche Auseinandersetzung verwickelt. In Spanien – am Ende der Rangliste – war der Anteil fast doppelt so hoch. Auch das Mobbing ging in Deutschland zurück.

Am besten schnitten in der Studie – in allen Kategorien – übrigens die Niederlande ab, wie auch schon in vorigen Erhebungen. Das Schlusslicht war Rumänien. *sbe*

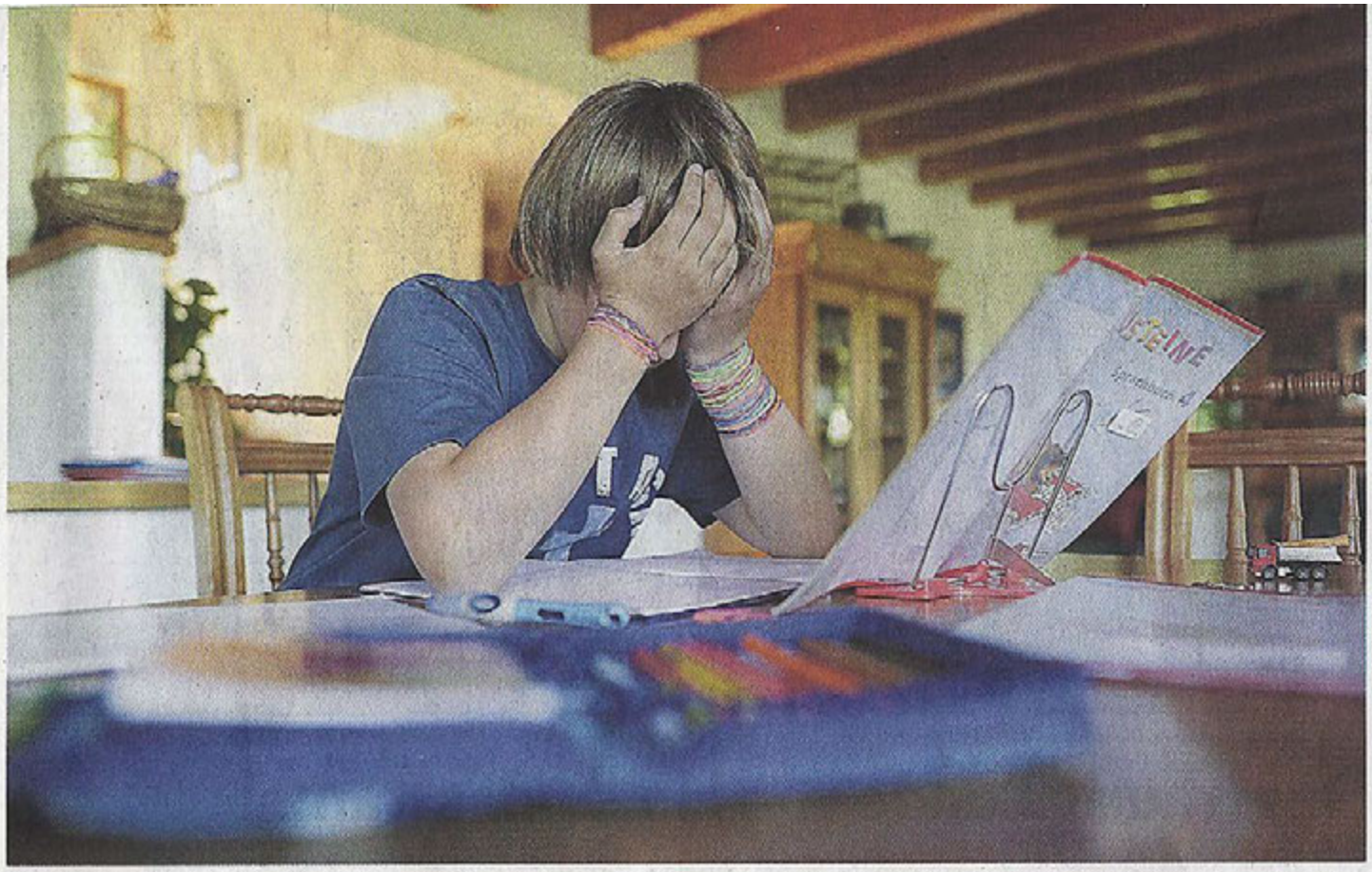
(Bericht Seite 3)

NN v. 11.04.2013 - S. 1

Ziemlich mies drauf

Stress schmälert bei Kindern die Lebensfreude

VON SARAH BENECKE



Er kann einfach nicht mehr: Wie vielen Kindern wächst diesem Jungen der Schulstress über den Kopf. Vermutlich würde er gerne mehr Freizeit haben, mal mit seinen Eltern im Park spazieren gehen — aber wer schafft das schon bei einem Lernpensum, das anmutet wie ein Vollzeitjob? Foto: dpa

NÜRNBERG – Eigentlich haben die Kinder in Deutschland doch alles, was sie brauchen. Sie leben in einer Zeit des materiellen Wohlstandes, sind weitgehend gesund, ernähren sich besser und rauchen seltener als noch vor einigen Jahren. Sie können zur Schule gehen, bekommen eine gute Ausbildung, und die wenigsten Jugendlichen sind später arbeitslos. Ja, die deutschen Schüler schneiden sogar im Pisa-Test wieder besser ab – wer hätte das gedacht?

Auf den ersten Blick sieht diese Statistik, wie sie das Weltkinderhilfswerk Unicef in seiner neuen Studie vorstellt, erfreulich aus. Die (messbaren) Lebensumstände hätten sich hierzulande deutlich verbessert, heißt es denn auch. Deutschland lande im Vergleich mit 29 anderen Industrienationen auf Rang sechs.

Dann kommt das große Aber. Denn im zweiten Teil der Studie hat Unicef unter die Lupe genommen, wie die Kinder selbst ihre Situation empfinden. Und da schneidet Deutschland plötzlich gar nicht mehr gut ab – und steht weit abgeschlagen an 22. Stelle, hinter Lettland und Portugal.

45-Stunden-Woche

Rund 15 Prozent der Kinder fühlen sich mit ihrer Situation unzufrieden. Und das ist noch nicht alles: Diese subjektive Lebenszufriedenheit hat sich seit der ersten derartigen Unicef-Studie vor rund 13 Jahren auch noch verschlechtert. Einige feixen nun, das sei doch Jammern auf hohem Niveau. Experten dagegen sehen die Umfage-Ergebnisse nicht so locker.

„Dass es so drastisch abgestürzt ist, hätten wir nicht gedacht", sagt Uwe Kamp vom Deutschen Kinderhilfswerk gegenüber unserer Zeitung. Insgesamt hat ihn das Ergebnis der Studie aber kaum überrascht. Vor allem in der Schule gebe es eine hohe Unzufriedenheit – „das haben wir auf Kinderkongressen immer wieder festgestellt". Kein Wunder, wenn man einmal andere Zahlen zur Hand nimmt: 45 Stunden arbeiten Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren laut einer nicht repräsentativen Umfrage von Kinderhilfswerk und Unicef durchschnittlich für den Unterricht. Das ist mehr als ein Vollzeitjob. Freizeit, um sich zum Beispiel im Verein zu engagieren oder mit Freunden abzuhängen, bleibt da kaum – obwohl diese „aktive Teilhabe an der Gesellschaft", wie es so schön heißt, nachweislich viel zum Lebensglück beiträgt.

Ein großes Problem, von dem Kinder immer wieder berichten, sei auch, dass die Eltern sich nur nebenbei mit ihnen beschäftigten, erzählt Kamp. „Die gucken dauernd auf ihr Smartphone und checken E-Mails, anstatt mit den Kleinen mal Drachenfliegen zu gehen." Wie schädlich es für Kinder sein kann, wenn Eltern keine Zeit für sie haben, weiß auch Gunther Moll, Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Uni-Klinikum Erlangen. Aus seiner Sicht ist der Anteil der unglücklichen Kinder, die es laut Unicef-Studie gibt, nachvollziehbar. Er merkt den negativen Trend auch am Arbeitsplatz: Für stationäre Behandlungen sei die Warteliste so lang wie seit Jahren nicht.

Das größte Problem sei, sagt Moll, dass die Jüngsten in der Gesellschaft keine Wertschätzung erfahren. In Südeuropa gehörten Kinder zum Alltag, seien überall dabei. „Aber versuchen Sie mal hier, mit ihnen in ein feines Restaurant zu gehen."

Auf Leistung gedrillt

Wie Kamp findet er, dass Kinder in Deutschland viel zu sehr auf Leistung gedrillt werden – das beschreibt er auch in seinem Buch „Die Kinderwagenrevolution". Darin spricht er sogar von einem Bildungssystem, das „auf dem Prinzip der Anpassung und Unterordnung" basiere.

Unicef kommt in seiner Studie ebenfalls zu dem Schluss, dass Politik, Medien und Forschung die Kinder nicht nur nach ihrer Leistungsfähigkeit beurteilen dürften. Genau dieser Stress drückt auf Dauer nämlich nicht nur auf die Stimmung – er kann viel mehr Schaden anrichten.

„Bei Kindern ist es wie bei Erwachsenen: Wenn sie dauerhaft unzufrieden sind, werden sie krank", erklärt Moll. Das könne mit Magendrücken anfangen und im schlimmsten Fall mit Depressionen enden. Auch der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) wies erst kürzlich darauf hin, dass fast ein Viertel aller Kinder wiederholt unter Bauchschmerzen leide – und oft würden die durch Stress oder Angst ausgelöst.

NN v. 11.04.2013 - Seite 3

Hartz IV trotz Vollzeitstelle

Niedriglöhne werden oft aus Steuermitteln subventioniert

DUISBURG – Fast jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist nach einer Untersuchung der Universität Duisburg-Essen ein sogenannter Aufstocker, dessen Arbeitseinkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht.

Rund 1,33 Millionen dieser Niedrigstverdiener habe es im Jahr 2012 gegeben, berichtete das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität. Ihr Anteil an allen erwerbsfähigen Leistungsempfängern habe damit 30,4 Prozent ausgemacht.

Von den Aufstockern seien 44 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen, mehr als jeder Zweite von ihnen sogar mit einer Vollzeitstelle. „Hier werden Niedriglöhne, von denen man nicht leben kann, aus Steuermitteln subventioniert", interpretierte Professor Gerhard Bäcker die Zahlen. Vor allem in den neuen Bundesländern sei das häufig der Fall. Unter den Aufstockern finden sich außerdem Minijobber und Selbstständige. Das Institut hat Daten aus der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet.

Während die Zahl der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger in den vergangenen sechs Jahren kontinuierlich gesunken ist, blieb die der Aufstocker nahezu unverändert. Im Jahr 2007 gab es den Angaben zufolge knapp 5,3 Millionen erwerbsfähige Leistungsempfänger. Davon waren 1,22 Millionen Aufstocker. *dpa*

DGB zu Jugendarmut: Über 900 junge Hartz-IV-Empfänger

Viele der betroffenen 15- bis 24-Jährigen betreuen selbst kleine Kinder – Existenzsichernde Löhne gefordert

DGB-Vorsitzender Stephan Doll: „Jugendliche nicht mit Maßnahmen abspeisen." Foto: Brühschwein

ANSBACH/NEUSTADT (kg) – DGB-Regionsvorsitzender Stephan Doll hat gestern die Jugendarmut kritisiert. Nach dabei vom DGB Mittelfranken vorgelegten Zahlen sind in der Stadt Ansbach sowie den Kreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Ansbach insgesamt über 900 junge Leute auf Hartz IV angewiesen.

Einer „aktuellen Auswertung" zufolge waren es in Ansbach 306, im Neustädter Kreis 284 und im Kreis Ansbach 384 Jugendliche. In der Stadt Ansbach seien 6,4 Prozent aller 15- bis 24-Jährigen betroffen, im Kreis Ansbach 1,7 Prozent und im Neustädter Kreis 2,4 Prozent. Über 70 Prozent von ihnen betreuen selbst Kinder unter drei Jahren. Jugendarmut sei hier „leider keine gesellschaftliche Randerscheinung". Jugendsekretärin Tina Malguth beklagte: „Diese jungen Menschen erfahren einen gesellschaftspolitischen Skandal bereits in jungen Jahren. Sie wachsen in Verzicht auf und erfahren ein höheres Risiko für eine mehrfache Benachteiligung."

Die Hartz-IV-Regelsätze seien deutlich hinter der Preissteigerungsrate zurückgeblieben und könnten das Existenzminimum nicht sicherstellen, so Doll. Die Betroffenen würden in Familien mit wenig Geld und schlechten Wohnverhältnissen groß: „Oftmals haben sie keine Chance im Ausbildungssystem und in der Arbeitswelt."

Nur etwas mehr als ein Fünftel (188) der auf Hartz IV angewiesenen Jugendlichen in der Region sei arbeitslos gemeldet. „Die Armut von Jugendlichen ist weitgehend auf das Fehlen von existenzsichernden Arbeitsplätzen der Eltern zurückzuführen. Armut wird vererbt", lautete Dolls Fazit aus vielen Daten.

Malguth und er forderten, etwa für leistungsschwächere Schüler eine frühere und intensivere Unterstützung. Alle Beratungs- und Betreuungsangebote sollten unter einem Dach gebündelt werden, da ein undurchschaubarer Maßnahmen-Dschungel entstanden sei. Nötig seien zudem existenzsichernde Löhne, um die Hartz-IV-Bedürftigkeit zu überwinden. Jugendliche, die für eine berufliche Ausbildung geeignet seien, „dürfen nicht länger mit berufsvorbereitenden Maßnahmen abgespeist werden", erklärten die beiden Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

FZ v. 05.02.13

Der Weichspüler

Von der Leyens Alibi auf Seite 343

Gut versteckt und umgedeutet: Der Armutsbericht und die Ungleichverteilung

VON GÜNTHER VOSS (dpa)

BERLIN – Ursula von der Leyen kann die Aufregung der letzten Wochen und Monate „über Halbsätze" nicht nachvollziehen: „Das war nicht gut für die Debatte, weil es den Inhalt dieses Berichts in den Hintergrund gedrängt hat." Die Bundesarbeitsministerin ist gekommen, um das zu korrigieren. Ihr geht es um die Inhalte des neuen Armuts- und Reichtumsberichts. 548 Seiten ist er dick, vollgepfropft mit Tabellen, Schaubildern und Texten.

Um die Formulierungen und ihre Abänderungen dreht sich die von der Ministerin als eher kontraproduktiv empfundene Kritik. Ein ganz schweres Geschütz fährt SPD-Chef Sigmar Gabriel auf: „Nie zuvor hat eine Bundesregierung einen Bericht so dreist gefälscht", sagt er. Und das nur, um davon abzulenken, dass sie die Verantwortung für die wachsende Spaltung der Gesellschaft trage.

„Der größte Teil ist drin"

Von der Leyen konterte: Es sei eine „Mär", dass im Text massiv gestrichen worden sei. „Der größte Teil ist drin", sagt sie. Das gelte auch für den angeblich getilgten Satz, das Privatvermögen in Deutschland sei sehr ungleich verteilt. Der Satz stimme, stellt von der Leyen zunächst mal klar.

Aber: Die Feststellung sei keineswegs rausgefallen. Sie tauche nun nur an anderer Stelle auf. Nämlich auf Seite 343, gibt die gut vorbereitete Ministerin einen Hinweis auf die neue Fundstelle. Was sie nicht sagt: Der nach hinten gerutschte Satz bezieht sich nicht mehr auf Arm und Reich, sondern auf die Vermögensverteilung in Ost und West. Und er stand in der ursprünglichen Version nicht versteckt, sondern ganz prominent in der Einleitung.

Zum redaktionellen Eingriff kam es im Zuge der Ressortabstimmung: Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) fand, dass etliche Passagen nicht zur positiven Entwicklung der vergangenen Jahre passen: Er pochte darauf, dass sich das auch in dem Bericht wiederfinden müsse. „Wenn die Arbeitsministerin nicht damit einverstanden gewesen wäre, dann hätte sie der Entscheidung nicht zugestimmt. Denn es ist ja ihr Bericht", befand er lapidar.

Nach der Kabinettssitzung, die dem Bericht nach langem Streit gestern dann grünes Licht gab, zeigt sich von der Leyen sichtlich entspannt: Ressortabstimmungen gebe es seit 60 Jahren: „Das ist ein völlig normaler Vorgang." Wo also sei das Problem? Denn auch die von den Kritikern aufgespießten Themen – wie Zunahme von Teilzeitarbeit, befristeten Jobs oder Niedriglöhnen – stelle der Bericht „glasklar" dar: „Die sind drin." Alles sei nachzulesen. Man könne es aber „auch unterschiedlich auslegen".

Wenig herumzudeuteln gibt es an der Aussage, dass die reichsten zehn Prozent der Haushalte über 53 Prozent des gesamten Nettovermögens verfügen (Stand: 2008). 2003 waren es 49 Prozent. Die gesamte untere Hälfte der Haushalte besitzt dagegen nur gut ein Prozent – nach drei Prozent im Jahr 2003. Von Armut bedroht sind unverändert zwischen 14 und 16 Prozent der Bundesbürger.

Das gewichtige Werk trägt den Titel „Lebenslagen in Deutschland" und erscheint zum vierten Mal. Als erfreulich hebt es hervor, dass die real verfügbaren Einkommen sich seit 2005 insgesamt positiv entwickelt hätten. Zugleich nahmen aber Niedriglohnsektor und atypische Beschäftigung wie Leih- und Zeitarbeit oder befristete Jobs weiter zu.

Röslers Handschrift

Eine andere Aussage – nämlich die, dass eine ungleiche Entwicklung der Einkommen das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung verletze – ist nicht mehr zu finden, was auf die Handschrift Röslers hindeutet. „Der Satz ist richtig, das sehen wir auch in der Debatte über Managergehälter", hält von der Leyen dagegen.

Im Übrigen findet sie, dass die Verzögerung bei der Abfassung dem Bericht nur gedient habe: Es seien neue Erkenntnisse eingeflossen, etwa zur Entwicklung der Realeinkommen. Bei diesen sei die zunehmende Spreizung zwischen oben und unten zu Beginn des letzten Jahrzehnts nach den aktuellsten Zahlen „jetzt offensichtlich gestoppt". Fazit der Ministerin: „Ich kann jetzt nicht den Schleier darüberlegen, dass in den letzten Jahren sich Dinge verbessert haben."

Reden wir über Reichtum!

Armutsbericht blendet einen zentralen Aspekt aus

VON ARMIN JELENIK

Ein Jahr Verspätung? Geschenkt. Geschönte Daten und weichgespülte Schlussfolgerung? Nun ja, das hätten wohl alle Regierungen so gemacht, zumal in einem Wahljahr. Nein, was wirklich an diesem vierten Armuts- und Reichtumsbericht ärgert, ist die Unverfrorenheit, mit der das Kabinett sogar den Titel des Werkes und den darin enthaltenen Arbeitsauftrag ignoriert.

Denn wer über Armut reden will, muss auch vom Reichtum in diesem Land sprechen – deshalb heißt die Analyse ja auch Armuts- *und* Reichtumsbericht. Notlagen und Wohlstand sind zwei Seiten derselben Medaille, doch genau diesen Zusammenhang weigert sich die Regierung Merkel zur Kenntnis zu nehmen.

Problematischer Begriff

Natürlich kann man darüber streiten, ob Alleinstehende, die knapp 1000 Euro zur Verfügung haben, tatsächlich schon als „armutsgefährdet" gelten müssen. Und ob die 14 bis 16 Prozent der Deutschen, auf die diese Definition zutrifft, sich wirklich von Armut bedroht fühlen oder sich vielleicht nur weniger leisten können als andere. Der Begriff der „relativen Armut", den auch der Regierungsreport verwendet, ist problematisch. Denn er definiert Armut als Abweichung von einem Mittelwert, die bereits zunimmt, wenn das Gesamteinkommen der Gesellschaft steigt.

Doch das sind statistische Fragen, die lediglich den Blick darauf verstellen, dass die Ungleichheit in Deutschland massiv wächst. In den vergangenen Jahren sind die Einnahmen der unteren Hälfte der Einkommensbezieher real um fünf Prozent gesunken – die der oberen Hälfte hingegen um fünf Prozent gestiegen. Und das reichste Zehntel der Gesellschaft konnte sich sogar über mehr als 16 Prozent Einkommenszuwachs freuen.

Hier, an dieser Stelle, und nicht bei der Frage nach absoluter oder relativer Armut, verbirgt sich der soziale Sprengstoff, der in einigen Jahren massive Schäden anrichten könnte. Wer wenig verdient, wird noch weniger während Zeiten der Arbeitslosigkeit, im Alter oder auch zur Versorgung der Kinder zur Verfügung haben.

Doch die Bundesregierung thematisiert das Auseinanderdriften der Gesellschaft nicht, obwohl der Armuts- und Reichtumsbericht genau das leisten sollte. Im Gegenteil: Bei der Vorstellung des Reports versuchte Wirtschaftsminister Rösler den Deutschen weiszumachen, dass es ihnen gar nicht besser gehen könne als unter Schwarz-Gelb.

Mag schon sein, dass die gesamtwirtschaftlichen Daten derzeit gut sind. Doch das heißt noch lange nicht, dass es auch allen Bürger gutgeht. Denn der Verweis etwa auf die niedrige (und geschönte) Arbeitslosenquote hilft einem Beschäftigten nichts, der sechs Euro in der Stunde verdient und nicht weiß, wie er seine Familie ernähren, geschweige denn privat für Alter und Pflegebedürftigkeit vorsorgen soll.

Doch alle kritischen Hinweise auf die Ungleichverteilung des Vermögens ließ Rösler schon im Vorfeld tilgen. Der stetig zunehmende private Reichtum der obersten zehn Prozent der Gesellschaft kommt jetzt nur noch als Fußnote in dem Bericht vor – obwohl eine gerechte, auf Ausgleich bedachte Politik genau hier ansetzen müsste. Denn parallel zur Zunahme des Wohlstands einiger weniger hat in den vergangenen Jahren auch die öffentliche Armut zugenommen.

Starker Staat

Damit hat der Staat immer weniger Geld zur Verfügung, um seinen sozialen Aufgaben nachzukommen. Zarte Hinweise auf einen höheren Spitzensteuersatz oder eine Vermögensteuer ließ Rösler dennoch aus dem Bericht eliminieren. Schon für die Wohlhabenden, schlecht für die Bedürftigen, denn sie sind auf einen starken, ausreichend finanzierten Staat angewiesen.

Manager-Gehälter im Visier

Politiker aller Parteien reagieren positiv auf Schweizer Volksabstimmung

BERLIN — Nach der Schweizer Volksabstimmung über die Begrenzung von Managergehältern fordern Politiker ähnliche Schritte auch in Deutschland.

Die Reaktionen in der deutschen Politik auf das eindeutige Ja der Schweizer zu der Initiative fielen parteiübergreifend positiv aus. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle sagte, die schwarz-gelbe Koalition könne noch vor der Bundestagswahl in dieser Frage aktiv werden.

Die Bundesregierung kündigte an, das Ergebnis des Referendums zu prüfen. Regierungssprecher Steffen Seibert verwies auch auf die Ankündigung der EU-Kommission, bis zum Jahresende einen ähnlichen Gesetzesvorschlag zu machen, wonach Aktionäre von Firmen über die Vergütung der Firmenspitze abstimmen müssen und die Bezahlung der Manager transparenter werden soll. „Diese Initiative der EU erscheint uns unterstützungswürdig", so Seibert. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles bezeichnete das Ergebnis als „Weckruf, der in ganz Europa gehört werden wird".

„Unhaltbarer Zustand"

Linken-Chef Bernd Riexinger erklärte, das Ergebnis in der Schweiz löse eine „überfällige Debatte über die Grenzen der Ungleichheit" aus. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sprach sich für eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500 000 Euro aus. „Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass der Steuerzahler in Deutschland für die Gehaltsexzesse der Chefetagen mitbezahlt."

In der Wirtschaft wurde das Ergebnis der Volksabstimmung dagegen mit Skepsis aufgenommen. „In Deutschland besteht kein Bedarf für eine gesetzliche Neuregulierung bei der Vorstandsvergütung", hieß es beim BDI. Die gesetzliche Ausgangslage in der Schweiz lasse sich nicht auf Deutschland übertragen.

Am Sonntag hatten sich mehr als zwei Drittel der Schweizer für die „Volksinitiative gegen die Abzockerei" ausgesprochen. Sie will erreichen, dass künftig die Aktionäre über die Gehälter an der Spitze entscheiden. Begrüßungsmillionen vor dem Beginn eines Arbeitsverhältnisses sollen etwa verboten werden. *afp*

(Kommentar und Hintergrund S. 2)

Aktionäre sollen Gier der Manager zügeln

Alle Parteien wollen plötzlich die Gehälter deckeln, zu viel erwarten sollte man aber nicht

Es gibt Manager, die verdienen schon vor ihrem ersten Arbeitstag Millionen. Mit üppigem Begrüßungsgeld lockt sie der Aufsichtsrat zur Firma. Und wenn sie Mist bauen, werden sie mit satten Boni vom Hof gejagt. Die Schweizer schieben diesen Exzessen nun einen Riegel vor — viele deutsche Politiker wollen es nachmachen. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Warum trifft das Schweizer Referendum auch bei uns einen Nerv?

Seit der Finanzkrise 2008 schauen Politik und Öffentlichkeit bei Banken und Konzernen genauer hin. Als der Steuerzahler mit einem 480-Milliarden-Rettungspaket die Finanzwelt stützte, spendierten sich viele Manager noch riesige Boni. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte damals, bei ihr schwelle da manchmal die Zornesader an. Als Lehre aus der Krise wurden einige Gesetze zur Bankenregulierung beschlossen, doch bei der Vergütung hat fast immer der Aufsichtsrat das letzte Wort.

Was verdient ein Topmanager?

Im Schnitt bekommt ein Vorstand bei einem Dax-Konzern etwa 54-mal so viel wie ein Angestellter, fanden Aktionärsschützer heraus. Spitzenreiter ist VW-Chef Martin Winterkorn, der 2011 rund 17,5 Millionen Euro kassierte. Nach heftiger Kritik reagierte Volkswagen und begrenzte die Boni etwas. Winterkorn bekam für 2012 „nur" 14,5 Millionen Euro statt bis zu 20 Millionen. Zum Vergleich: Kanzlerin Merkel verdiente zuletzt rund 290 000 Euro brutto im Jahr.

Wieso kommt die schwarz-gelbe Koalition aus der Deckung?

In den Parteizentralen denken die Strategen längst an den 22. September. Bei der Bundestagswahl dürfte das Thema soziale Gerechtigkeit eine entscheidende Rolle dabei spielen, ob Merkel das Kanzleramt verteidigen oder SPD-Herausforderer Peer Steinbrück dort einziehen kann. Union und FDP wollen der Opposition deshalb keine Angriffsfläche bieten – das gilt beim Mindestlohn und nun auch bei den Managergehältern.

Wäre auch betroffen: VW-Chef Martin Winterkorn. Foto: dpa

Gibt es bald schärfere Gesetze gegen Gehaltsexzesse und für mehr Aktionärsrechte?

Unwahrscheinlich. Die FDP will zwar aktiv werden, doch die Bundesregierung hat schon abgewunken und auf Brüssel verwiesen. Eine europäische Initiative sei besser als ein nationaler Alleingang. Auch wäre ein Gesetz bis zur Sommerpause zeitlich kaum noch machbar. Die EU-Kommission will bis Jahresende Vorschläge machen, wie die Rechte der Aktionäre in der Hauptversammlung verändert werden können, um die Gehälter von Firmenbossen zu deckeln.

Mehr Rechte für Aktionäre hört sich gut an — aber wie ist die Praxis?

Das deutsche Aktienrecht ist eher weich formuliert. Die Gesamtbezüge eines Vorstands sollen „in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen" sowie zur Lage des Unternehmens stehen. Die Hauptversammlung kann ein Votum über die Vorstandsvergütung abgeben – rechtlich bindend ist es für den Aufsichtsrat aber nicht. Hinzu kommt, dass auf den Hauptversammlungen nicht Kleinanleger mit ein paar Aktien das Sagen haben, sondern große Investoren wie Pensions- oder Hedgefonds.

Welche Rolle spielen Aufsichtsräte?

In vielen Fällen arbeiten sie geräuschlos und verantwortungsvoll. Kritiker bemängeln aber, dass Millionensummen für Vorstände von der Aufsichtsratsspitze in geheimen Kungelrunden (Präsidialausschuss) zwischen Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften festgelegt werden. Das sei ein Überbleibsel der alten „Deutschland AG", als Manager sich gegenseitig Topjobs zuschusterten.

Was tut die Politik gegen gigantische Bonuszahlungen bei Banken?

Gerade hat sich die EU auf eine Bonus-Bremse verständigt, die Teil eines Pakets ist, um Europas Banken krisenfester zu machen. Der Bonus darf künftig nicht höher sein als das Grundgehalt. In Ausnahmefällen bekommen Topleute eine Prämie in doppelter Höhe des Grundgehalts. Dafür muss bei börsennotierten Instituten die Hauptversammlung Ja sagen. Eine absolute Grenze für Boni ist nicht vorgesehen. *dpa*

Stimmenfang mit Boni-Kappung

Allzu durchsichtig ahmen Politiker das Schweizer Votum nach

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Da schau an: Über Nacht haben wir in Berlin eine riesengroße Koalition wild entschlossener Politiker, denen es gar nicht schnell genug gehen kann mit dem Deckeln der Manager-Gehälter. Dass fast 70 Prozent der Schweizer „gegen die Abzockerei" gestimmt haben, das weckt die Fantasie in den Parteizentralen: Wäre doch ein wunderbares Thema für uns, denken die Kampagnen-Planer.

FDP-Spitzenmann Rainer Brüderle hat mit Sicherheit unfreiwillig, aber sehr knapp und verräterisch klar ausgesprochen, worum es ihm und seinen Kollegen dabei wirklich geht: Die Liberalen wollten damit „vor der Wahl Zeichen setzen", so Brüderle. Genau: *Vor der Wahl* – also: auf Stimmenfang gehen mit wohlklingenden Kürzungsforderungen. *Zeichen setzen* – also: wohl nicht richtig Ernst machen, aber auf jeden Fall so tun, als ob man handeln wolle, damit sich bloß nicht andere Parteien des Reizthemas annehmen.

Die Gehalts- und Boni-Exzesse sind zweifelsohne ein Ärgernis, weil da oft nicht Leistung, sondern Missmanagement belohnt worden ist, während Steuerzahler für die Rettung von Banken mitzahlen müssen. Die Schweizer wollen, dass die Aktionäre festlegen, was da fließt, und nicht die Unternehmensleitung selbst. In (zarten) Ansätzen gibt es so etwas in Deutschland schon – auf freiwilliger Basis. Nachahmenswert also wäre der Schweizer Vorstoß schon. Aber es gäbe weit Wichtigeres zu regeln auf den Finanzmärkten. Da beließen es die nun so vollmundigen Politiker bisher allerdings bei Ankündigungen – weil sie sich sonst wirklich anlegen müssten mit der Macht der Geldbranche.

Hartz-IV-Regelsatz reicht nicht für Pille oder Spirale

16,43 Euro für „Gesundheitspflege" — Nach einem Urteil ist in Nürnberg jetzt auch mit stillschweigender Hilfe Schluss

VON CLAUDINE STAUBER

Wer von Hartz IV lebt, kann sich die Pille kaum leisten. Bislang hat die Stadt Bedürftigen die Verhütung stillschweigend bezahlt. Doch damit ist jetzt wohl Schluss.

Bei Jessica Wagner aus St. Leonhard *(Name geändert)* ist meistens Ebbe im Geldbeutel. Kinder will die 26-jährige Hartz-IV-Empfängerin nicht mehr, drei kleine Mädchen hat sie schon. Also muss ihr Freund für Kondome sorgen. Meistens, sagt sie, kümmere er sich drum. Aber nicht immer.

Die Pille vom Sozialamt? Davon hat Wagner freilich noch nie gehört – wie die meisten Betroffenen. Das sei Absicht, heißt es in der Behörde. Man habe keine große Werbung dafür gemacht, weil die Kosten rein rechtlich bereits seit 2004 nicht mehr von der Sozialhilfe übernommen werden müssen. Nur 150 Frauen nutzten deshalb diesen Weg im Jahr, und das bei rund 35 500 Nürnberg-Pässen, die im Umlauf sind. Auch Jessica Wagner hat einen im Geldbeutel.

Im Dezember 2012 versetzte dann ein Urteil des Bundessozialgerichts der verhaltenen Nürnberger Praxis den Todesstoß. Die Verhütung müssten Sozialleistungsempfängerinnen aus dem Regelsatz finanzieren, sagt es klipp und klar. Will die Stadt also einspringen, muss sie das aus ihrem eigenen Haushalt finanzieren. Manche Städte tun das.

Exakt 16,43 Euro sieht der Hartz-IV-Regelsatz für „Gesundheitspflege" vor. Abgeknapst von 382 Euro im Monat, müssen davon nicht nur Verhütungsmittel, sondern auch der Hustensaft, die Zuzahlung in der Apotheke und jede Packung Pflaster finanziert werden. Als „klare Verschlechterung für Frauen" schätzt Maria Siegel von der evangelischen Familienbildungsstätte in Gostenhof die neue Lage ein. 16 Euro für die Gesundheit seien eindeutig „ein Witz".

Die Linke Liste im Stadtrat, die den freien Zugang zu Verhütungsmitteln wie die Weltgesundheitsorganisation auch für ein Menschenrecht hält, fordert genau das. 600 000 Euro, so schätzen die Linken, könnte die Pille für geschätzte 5000 arme Nürnbergerinnen im Jahr kosten. Dadurch würden langfristig Ausgaben gespart, argumentiert Linken-Stadträtin Marion Padua; wenn arbeitslose oder bedürftige Frauen ungewollt schwanger würden, müsse schließlich auch die Kommune einspringen.

Auch bei „Pro Familia", wo die Frauen oft überhaupt erst von der Finanzhilfe erfuhren, wünscht man sich, dass das Angebot erhalten bleibt. Mitarbeiterin Mirjam Dauscher: „Verhütung ist ein Grundbedürfnis. Zumal in der Stadt der Menschenrechte."

Eine Kölner „Pro-Familia"-Studie hat bereits 2005 ergeben, dass spürbar weniger Hartz-IV-Bezieherinnen regelmäßig verhüten, weil das Geld für Pille und Co. einfach nicht reiche. Auch die ungewollten Schwangerschaften nahmen laut Studie eindeutig zu.

Gelassen reagiert man im Sozialamt selbst. Er sei zwar froh gewesen, das Geld für besonders problematische Fälle in der Hinterhand zu haben, sagt Amtschef Dieter Maly. Doch „auf breiter Front" werde es von arbeitslosen oder erwerbsunfähigen Frauen im gebärfähigen Alter wohl nicht vermisst werden.

Städtische Mittel für Pille, Spirale oder Diaphragma? 600 000 Euro würden im Haushalt kaum aufzutreiben sein, ahnt Maly. Auf Antrag der Linken Liste muss er sich jetzt ans Rechnen machen und sehen, ob die Sache wirklich so teuer würde.

Kondome seien in allen Sexualberatungsstellen und im Gesundheitsamt jederzeit kostenlos zu haben, tröstet die Sozialverwaltung. Wer nachfragt, hört anderes. Weder Stadtmission noch Caritas haben einen Etat für Präservative. Und im Gesundheitsamt zeigt Aids-Berater Norbert Kellermann zwar ein hübsches Körbchen vor. Doch nur wer gezielt danach fragt, darf hineingreifen.

(Siehe Städtevergleich links und StandPunkt Seite 10)

Von Sozialhilfe ist die Pille kaum zu finanzieren. Jetzt fällt wohl auch der Notgroschen des Sozialamts aus. Foto: colourbox.com

Der Wohnort ist entscheidend

Verhütung ist eine Frage des Geldbeutels – aber auch der Wohnort kann entscheidend sein. Andere Städte gehen sehr unterschiedlich mit der Gesetzeslage um, die den Rechtsanspruch auf Familienplanung verneint.

Pech: Wer zum Beispiel in München, Würzburg, Kempten oder Bochum lebt, muss Pille oder Spirale von seiner Sozialhilfe selbst zahlen. Freiwillige Leistungen dieser Kommunen gibt es nicht. München bezuschusse „Pro Familia" immerhin mit 10 000 Euro im Jahr für solche Härtefälle, so ein Stadtsprecher. Jetzt soll sich OB Christian Ude beim Städtetag für eine „einkommensunabhängige Familienplanung" einsetzen, fordern die Münchner Grünen.

Ganz anders geht Berlin, die bettelarme Stadt mit der bundesweit höchsten Hartz-IV-Quote, mit dem Thema um. Jährlich 2,45 Millionen Euro werden für Verhütungsmittel sozial Schwacher ausgegeben, teilt Senatssprecherin Regina Kneiding auf Anfrage mit. Auf den Internetseiten aller Berliner Bezirksämter und Familienzentren wird auf die Möglichkeit der Kostenübernahme deutlich hingewiesen.

Lübeck greift in die eigene Tasche, Flensburg auch. Das auf drei Jahre angelegte Projekt dort hat im ersten Jahr 130 Anträge von 110 Männern und Frauen bewilligt. Flensburg bezahlte 22 000 Euro dafür. *c.s.*

Kein Sex ist keine Lösung

Stadt sollte Verhütung bei Hartz IV finanzieren

VON CLAUDINE STAUBER

DER STANDPUNKT

Lobenswert, dass Nürnbergs Sozialamt über Jahre stillschweigend einigen Frauen bei der Verhütung finanziell unter die Arme gegriffen hat. Der Preis dafür war hoch, denn das Motto hieß: Tue Gutes und sprich nicht drüber. Weshalb die wenigsten bedürftigen Frauen überhaupt von dem Angebot erfuhren.

Jetzt macht das Urteil des Bundessozialgerichts offenbar auch diesen Ausweg dicht. Was tun? Kein Sex ist auch keine Lösung, so steht es auf den Flyern des Gesundheitsamts. Doch Spaß beiseite: Keinem kann daran gelegen sein, dass ungewollte Schwangerschaften oder Abtreibungen zunehmen, weil das Hartz-IV-Budget für Pille oder Spirale nicht reicht.

Dass es beim besten Willen nicht reichen kann, bestreiten nur Zyniker. Zwischen zehn und 20 Euro kostet die Pille im Monat. Trotzdem bleibt es bei den läppischen 16,43 Euro für die Gesundheitspflege, wenn die Kommune nicht zähneknirschend einspringt. Sie sollte es tun, auch Bedürftige haben ein Recht auf Familienplanung. Dazu gehört auch das Recht, über Hilfsangebote informiert zu werden. Manche Städte werben längst offensiv dafür. Sie haben auch die Ausgaben für ungewollte Kinder von Sozialhilfeempfängern im Blick. Ob es so teuer werden muss, wie die Linke Liste errechnet hat, bleibt abzuwarten. Nichts zu tun, ist allemal teurer.

Zu viel Geld im Gesundheitsfonds

Politiker fordern die Abschaffung

BERLIN — Vier Jahre nach dem Start des Gesundheitsfonds lassen die Rekordüberschüsse der Krankenversicherung den Ruf nach einer radikalen Reform der Kassenfinanzen laut werden.

„Der Gesundheitsfonds sollte abgeschafft werden, und die Krankenkassen sollten die Beiträge wieder individuell festlegen", sagte der Vize-Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Max Straubinger. „Es ist ein Unsinn, den Leuten so einen Haufen Geld abzunehmen." Mit dem Start des Gesundheitsfonds unter der Großen Koalition Anfang 2009 wurde auch ein bundesweit einheitlicher Beitragssatz eingeführt. Derzeit liegt dieser bei 15,5 Prozent. Sämtliche Beitrags- und Steuergelder fließen in den Fonds und werden von dort an die Kassen verteilt.

Auch der sozialdemokratische Gesundheitsexperte Karl Lauterbach forderte eine Rückkehr zu individuellen Beitragssätzen. „Durch die Milliarden-Überschüsse sind die Bedingungen für die Einführung einer Bürgerversicherung so günstig wie nie." Der Gesundheitsfonds solle aufgelöst, seine Milliarden-Rücklagen sollten an die einzelnen Kassen verteilt werden – mit der Verpflichtung, diese Gelder zur Senkung des Beitragssatzes zu nutzen.

Moderate Ausgaben

Die gute Konjunktur und moderate Ausgaben haben der gesetzlichen Krankenversicherung bis Ende 2012 Rekordreserven von 28,3 Milliarden Euro beschert. Allein das Polster des Fonds wuchs um 3,6 auf 13,1 Milliarden Euro.

Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sieht keine Chancen, den Gesundheitsfonds jetzt abzuschaffen. Von der FDP sei er nicht erfunden worden, sagte ein Sprecher Bahrs. „Wir sind jetzt in dem System, in dem wir sind. Und dabei bleibt es jetzt auch." Die Ersatzkassen wie Barmer GEK und DAK begrüßten den Vorstoß zur Beitragssatzautonomie der einzelnen Kassen. Der Vorsitzende ihres Verbandes vdek, Christian Zahn, sagte: „Überschüsse im Gesundheitsfonds würden bei den Krankenkassen ankommen, was jetzt nicht der Fall

Brüssel lässt Stromkunden hoffen

Wegen eines EU-Verfahrens könnten die Preise für Normalverbraucher sinken

VON DETLEF DREWES

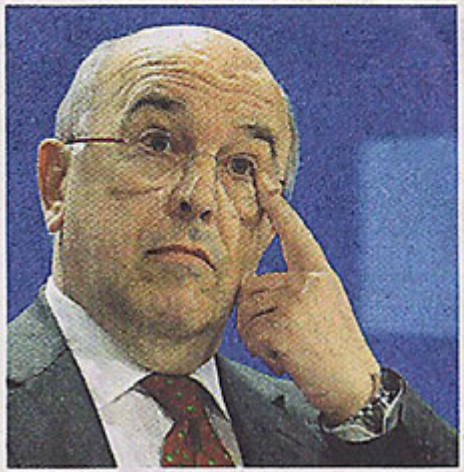
BRÜSSEL – Deutschlands Energiepolitik ist ins Fadenkreuz der EU-Kommission geraten. Gestern leitete die Brüsseler Behörde ein formelles Prüfverfahren ein. Sie will wissen, ob die seit 2011 mögliche Befreiung großer Stromverbraucher von den Netzkosten als verbotene Beihilfe zu werten ist. Sollte dies der Fall sein und den Stromfressern der Industrie am Ende sogar ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern entstanden sein, müssten die Rabatte und Nachlässe zurückgezahlt werden. Es wäre ein schwerer finanzieller Schlag für die betroffenen Konzerne.

Mit den Netzentgelten zahlen Stromkunden den Transport der Energie vom Produzenten bis zur eigenen Steckdose. Seit August 2011 können sich Großkunden, die jährlich mindestens 7000 Stunden am Netz hängen und deren Verbrauch zehn Gigawattstunden übersteigt, auf Antrag von den Gebühren befreien lassen – zulasten der normalen Verbraucher.

Sonderabgabe der Bürger

Denn die Stromnetzentgeltverordnung legt fest: Jeder Bürger muss zur Kompensation der Kosten eine Sonderabgabe in Höhe von 0,329 Cent je Kilowattstunde (kWh) zahlen. Berechnungen haben ergeben, dass bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 3500 kWh im Jahr immerhin 11,50 Euro zusammenkommen.

202 stromintensive Betriebe haben diese Befreiung bisher beantragt und somit einen Vorteil von rund 300 Millionen Euro für 2011 herausgeschlagen. Aber dabei wird es nicht bleiben. Bereits für 2012 (die genauen Zahlen liegen noch nicht vor, weil die Anträge rückwirkend genehmigt werden) dürften es schon 440 Millionen Euro sein, für das laufende Jahr rechnet die Bundesnetzagentur sogar mit 805 Millionen Euro, um die die Industrie entlastet und der Stromkunde belastet wird.



EU-Kommissar Almunia hat den deutschen Strompreis im Blick. Foto: dpa

Kein Wunder also, dass Kritikern wie Verbraucherschutz-Organisationen und Energieverbänden diese Umverteilung wirtschaftlicher Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger ein Dorn im Auge ist. Sie schalteten die EU-Kommission ein, die nun zunächst alle Beteiligten zu Stellungnahmen aufgefordert hat. Sollten die Antworten nicht zur Zufriedenheit der Wettbewerbswächter ausfallen, kann die Kommission anschließend formelle Ermittlungen aufnehmen. Der zuständige Kommissar Joaquín Almunia schränkt allerdings ein, dass dieser Schritt noch keine Vorentscheidung bedeutet.

Aber es profitiert nicht nur die energieintensive Industrie von den Sonderregelungen. Auch die Wässerung und Pflege eines Golfplatzes, der in den Nachtstunden wieder auf Vordermann gebracht wird, rechtfertigt nach der gegenwärtigen Rechtslage Rabatte bei den Netzentgelten.

Derartige Nachlässe und Befreiungen sind indes heikel, weil die Grenze zu nicht genehmigten staatlichen Beihilfen leicht überschritten wird. Exakt das wird Brüssel nun ebenso genau wie kritisch prüfen, auch wenn Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine Überarbeitung der bestehenden Regeln zugesagt hat.

Peinlicher Fall

Für die Koalition ist der Fall recht peinlich. Denn auch das Oberlandesgericht Düsseldorf stellte die Befreiung zufällig am gleichen Tag infrage. Allerdings sieht Richter Wiegand Laubenstein das Ganze nicht als staatliche Beihilfe, wie es die EU prüft. Denn der Staat nimmt nicht direkt Geld in die Hand, sondern die Verbraucher zahlen die Befreiung über den Strompreis per Sonderumlage.

Der Doppeldruck aus Brüssel und Düsseldorf könnte am Ende bedeuten: Mehrkosten für die Industrie – und womöglich millionenschwere Rückerstattungen. Und für die Bürger einen Rabatt bei den Stromkosten.

Strom-Rabatte auf Prüfstand

Gericht und EU-Kommission zweifeln an den Preisnachlässen für Konzerne

BERLIN/BRÜSSEL — Unternehmen mit einem hohem Stromverbrauch drohen hohe Mehrkosten bei der Energiewende.

Die Bürger hingegen können auf eine leichte Entlastung beim Strompreis hoffen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf kippte die Befreiung großer industrieller Stromverbraucher von den Netzkosten. Zudem leitete die EU-Kommission in Brüssel wegen der Kostenbefreiung ein Verfahren ein, um den Verdacht auf eine unerlaubte Beihilfe zu prüfen.

Die Kosten für die Regelung werden bisher per Umlage auf den Strompreis der Verbraucher aufgeschlagen. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) will die umstrittene Industrie-Befreiung nun rasch neu regeln.

In Düsseldorf ging es um die Beschwerde von fünf regionalen und überregionalen Netzbetreibern gegen die im Sommer 2011 beschlossene Verordnung. Die Beschwerdeführer hielten die komplette Freistellung der Unternehmen mit hohem Strombedarf für rechtswidrig und für einen Verstoß gegen EU-Recht.

Gleichheit missachtet

Vorsitzender Richter Wiegand Laubenstein schloss sich dem an: Die Verordnung sei verfassungswidrig und nichtig. Auch sei eine vollständige Befreiung von den Netzentgelten aus Gleichheitsgründen unzulässig. Der Beschluss des Oberlandesgerichts ist noch nicht rechtskräftig.

Die Netzentgelte sind Teil des Strompreises, damit wird die Durchleitung von Strom bis zur Steckdose bezahlt. Wirtschaftsminister Röslers Sprecher sagte in Berlin, bei diesem Fall liege keine staatliche Beihilfe vor, sondern die Befreiungen würden durch die Umlage von allen Stromkunden finanziert. Dennoch machte er klar: „Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet derzeit ohnehin an einer Neuordnung".

Das OLG Düsseldorf erkennt darin aber keine staatliche Beihilfe, weil es sich um Privatrecht handle. Die Kläger in Düsseldorf monieren auch falsche Anreize durch die aktuelle Regelung. Die Befreiung verfälsche den Wettbewerb und schaffe Fehlanreize für höheren Stromverbrauch, um die Befreiungsschwelle von zehn Gigawatt im Jahr zu überschreiten. *dpa*

(Kommentar und Hintergrund S. 2)

Fragwürdige Umlage

Brüssel wird Stromnachlass bei Großkunden wohl kippen

VON DETLEF DREWES, Brüssel

Eine Prüfung ist kein Verfahren und noch lange kein Urteil. Aber Brüssel wird sich sehr genau ansehen, wie die Befreiung deutscher Konzerne von den Netzentgelten in der Praxis läuft. Und man wird auch sehr genau wissen wollen, ob wirklich nur Chemie-Riesen und Stahlkonzerne oder tatsächlich auch Golfanlagen, Freizeitparks und sogar Kirchengemeinden unter den Antragstellern sind, die von den Netzkosten befreit wurden – oder werden wollen.

Ohne der Brüsseler Kommission vorzugreifen: Dass die gut gemeinte Umlage der Netzentgelte aus dem Ruder läuft, wird niemand bestreiten können. Bei der Prüfung geht es allerdings um europäisches Recht.

Das bricht, wer seiner Wirtschaft einen Vorteil gegenüber der Industrie aus anderen EU-Staaten verschafft. Dass der Bundeswirtschaftsminister voller Inbrunst darauf verweist, diese Umlage werde ja nicht aus der Staatskasse, sondern von den Stromkunden getragen, ist Augenwischerei. Ob der Bürger die Erleichterungen als Steuerzahler oder als Verbraucher finanziert, dürfte für die Erhebungen der Kommission unerheblich sein. Entscheidend ist die Tatsache, dass die Konzerne im Vergleich mit ihren Wettbewerbern günstiger produzieren können. Mit Chancengleichheit auf dem europäischen Binnenmarkt hat das herzlich wenig zu tun.

Vor diesem Hintergrund wird Brüssel den deutschen Sonderweg kaum gutheißen können. Falls der Bundeswirtschaftsminister diese Blamage also verhindern will, sollte er bei der ohnehin geplanten Reform diese Bedenken berücksichtigen. Die normalen Stromkunden wird das freuen.

Strom-Rabatt der Industrie soll sinken

Kanzlerin kündigt Neuordnung an

BERLIN – Kanzlerin Angela Merkel will die Stromrabatte für die Industrie begrenzen und damit die Bürger bei den Kosten entlasten.

Die Regierung sei bereits dabei, die Netzentgeltverordnung zu reformieren, sagte sie nach einem Spitzentreffen mit Wirtschaft und Umweltverbänden zur Energiewende im Kanzleramt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte die Befreiung von besonders stromintensiven Unternehmen bei den Netzkosten für nichtig erklärt. *dpa*

(Leitartikel Seite 2)

Grenzen der Taktik

Nagelprobe für die Energiewende steht noch bevor

VON DIETER SCHWAB

Politik besteht zu einem Gutteil aus Inszenierungen, aus Signalen, die nach außen gesendet werden und bestimmte Ziele erreichen sollen. Dazu gehört der Energiegipfel im Kanzleramt, das Treffen von Kanzlerin und Ministern mit Vertretern von Gewerkschaften, Wirtschaft oder Umweltverbänden. Wir tun etwas, heißt die schlichte Botschaft an das staunende Publikum – aber genau das geschieht bei solchen Treffen nicht, wenn man einmal vom Austausch von eigentlich allen Beteiligten längst bekannten Positionen absieht.

Zur Routine gehört es auch, dass sich Merkel und ihre Minister nach der Veranstaltung für ihr erfolgreiches Engagement loben. Dazu zählt beispielsweise die Äußerung von Angela Merkel, dass die Rabatte für die bisher befreiten Großverbraucher beim Netzentgelt reformiert werden. Dabei ist das allenfalls eine kosmetische Änderung; offensichtlich sollen diese Unternehmen auch zukünftig Nachlässe bis zu 90 Prozent erhalten.

Damit sollen Normalbürger weiter Großunternehmen massiv subventionieren; ihre monatliche Ersparnis läge damit im Cent-Bereich. Inhaltlich ist das nicht mehr als ein schlechter Witz, bei dem den Stromkunden das Lachen allerdings im Hals stecken bleibt.

Aufeinander angewiesen

Taktisch allerdings lässt sich das anders betrachten: Denn wirkliche Entscheidungen müssen bei dem Spitzentreffen von Regierung mit den Ministerpräsidenten Ende März getroffen werden. Sie sind aufeinander angewiesen; denn Schwarz-Gelb dominiert das Parlament, Rot-Grün den Bundesrat. Die Länder können die Regierung damit auflaufen lassen; das ist für sie gerade vor der Bundestagswahl eine große Versuchung.

Das bedeutet aber auch: Kanzlerin Angela Merkel, Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler werden vor diesem Treffen keinen Millimeter ihrer Verhandlungsposition aus freien Stücken preisgeben – sie brauchen möglichst viel Verhandlungsmasse, um zu einem tragbaren Kompromiss kommen zu können.

Dabei wird es in erster Linie um den Strompreis und die von Peter Altmaier vorgelegte Bremse der Kosten gehen – denn das ist für den Wähler zuallererst sicht- und spürbar. Peter Altmaier hat für eine Begrenzung des Anstiegs einen zwar unperfekten, aber diskussionswürdigen Entwurf vorgelegt, auf dem sich aufbauen lässt. Eine seiner Schwächen ist, dass er die unverständlichen Befreiungen der Großindustrie von den Kosten der Energiewende nur ein klein wenig zurücknehmen, nicht aber durchgreifend korrigieren will.

Etliche Knackpunkte

Das wird wohl einer der Knackpunkte sein, zu dem auch das Netzentgelt gehört. Hier kann die Regierung bald weitere Nachlässe anbieten. Denn in diesem Punkt sind die Grenzen der Taktik erreicht: Weder will die Regierung im Wahljahr weiter steigende Stromkosten verantworten, noch möchte sich Rot-Grün vorhalten lassen, es habe wirksame Gegenstrategien abgelehnt.

Allerdings ist das nur eine, deutlich sichtbare Baustelle der Energiewende; Regierung und Länder werden sich über andere, mindestens ebenso bedeutende Probleme einigen müssen: Da sind die Fragen, welche Stromtrassen fehlen, um Windstrom von der Küste ins Landesinnere zu schaffen, wie die Anschlüsse der Anlagen auf hoher See geregelt und bezahlt werden können oder wie in Zukunft Strom aus regenerativen Quellen auf vernünftige Art und Weise gefördert werden kann. Die Fragen treffen den Geldbeutel des Einzelnen jetzt nicht, sind aber dennoch entscheidend, ob Atomkraftwerke planmäßig abgeschaltet werden können. Es ist damit eine Nagelprobe für die Energiewende.

Ramsauer auf Irrwegen

Die Kosten von Stuttgart 21 trägt ohnehin der Steuerzahler

ARNO STOFFELS

Wenn Mama arbeitslos ist

Eine Behörde in Nürnberg hilft Menschen bei der Suche nach Arbeit

Kinder gehen in die Schule, Auszubildende und Erwachsene zur Arbeit. Es gibt aber auch Frauen und Männer, die keine Stelle haben, also arbeitslos sind. Um sie kümmert sich eine Behörde in Nürnberg, die Bundesagentur für Arbeit.

Der riesige Betonklotz in der Regensburger Straße in Nürnberg ist von weitem zu sehen: Das Hochhaus überragt alle anderen Gebäude in der Umgebung. Am Ende jedes Monats findet dort eine wichtige Veranstaltung statt, bei der Journalisten dicke Unterlagen mit sehr vielen Daten zur Lage auf dem Arbeitsmarkt bekommen; Listen, die genau zeigen, in welchen Berufen und Regionen besonders viele oder wenige Arbeitsplätze angeboten werden und ob es genug Lehrstellen gibt.

Die Angaben erstellt die Behörde in Nürnberg nicht alleine, sondern gemeinsam mit Arbeitsagenturen und Jobcentern im ganzen Land. Außerdem werden Vorhersagen – Prognosen wie es in der Fachsprache heißt – gemacht, wie sich der Arbeitsmarkt in Zukunft entwickeln wird. Ob beispielsweise damit zu rechnen ist, dass es in ein paar Jahren zu wenige Ärzte oder Altenpfleger gibt.

Winterpause für Gärtner

Besonders wichtig ist für die monatliche Erhebung aber die Zahl der Erwerbslosen, also der Menschen, die in den vergangenen vier Wochen Arbeit gesucht und nicht gefunden haben. Im Februar waren das ziemlich viele: über drei Millionen Menschen, genauer 3 156 000! Das sind sogar 18 000 mehr als im Januar. Da im Winter aber viele – wie Gärtner oder Bauarbeiter – ihren Beruf aufgrund des kalten Wetters nicht ausüben können, ist der Anstieg eher normal.

In den vergangenen Jahren haben insgesamt wieder mehr Menschen eine Arbeit gefunden, weil es der deutschen Wirtschaft besser geht, und zahlreiche Firmen wieder neue Mitarbeiter einstellen. Aber Politiker und Fachleute bemühen sich natürlich, Arbeitsplätze für möglichst viele Menschen zu schaffen.

Es kann viele Ursachen haben, warum jemand von seiner Firma entlassen wird und er so schnell keinen neuen Arbeitsplatz findet. Vielleicht ist er zu alt: Manche Betriebe glauben, dass Beschäftigte über 50 Jahren häufiger krank sind. Außerdem verdient ein langjähriger Mitarbeiter auch mehr – schließlich hat er am Arbeitsplatz mehr Erfahrung als ein jüngerer Kollege. Manche Berufe braucht man auch einfach nicht mehr, weil Computer und Roboter die Tätigkeiten übernommen haben.

Andere Firmen wiederum wandern ins Ausland ab, wo die Menschen für viel weniger Geld als in Deutschland arbeiten. Häufig kommen mehrere Gründe zusammen, dass Firmen Mitarbeiter entlassen – und ganze Zweige, wie etwa der Stahl- und Maschinenbau, aus Nürnberg verschwinden. Manchmal liegt es aber am Bewerber selbst: Wer schlechte Zeugnisse und keine Berufsausbildung mitbringt, hat nur wenige Chancen, angestellt zu werden.

Die Betroffenen müssen dann um- und weitergeschult werden. Auch das übernimmt die Bundesagentur für Arbeit. Eine ihrer Hauptaufgaben ist aber die Arbeitsvermittlung. Allerdings gelingt das umso schwerer, je länger die Arbeitslosigkeit anhält. Bei Männern und Frauen, die mehr als zwölf Monate ohne Stelle sind, spricht man deshalb von Langzeitarbeitslosen. Gerade schlecht Ausgebildete oder Alleinerziehende (die ihre Arbeitszeiten eben auch auf ihre Kinder abstimmen müssen) haben bei Unternehmen oft einen schlechteren Stand.

Zeichnung: Dötzer, Fotos: dpa

Hallo Kinder!
Mir macht es nicht besonders viel aus, den ganzen Tag auf dem Sofa zu liegen und mich kraulen zu lassen, miau! Aber meine menschlichen Freunde leiden schon darunter, wenn sie keine Arbeit haben. Um dir zu zeigen, wie Arbeitslose Unterstützung finden, habe ich mich mit meiner Kollegin Sharon durch den Gesetzesdschungel von Hartz IV und Alg II gekämpft. Die beiden Begriffe haben aber nichts mit dem Gebirge namens Harz oder mit Algen zu tun. Unter Hartz IV und Alg II, das ausgeschrieben Arbeitslosengeld zwei heißt, versteht man die staatliche Unterstützung für Menschen, die länger ohne Arbeit sind. Sie bekommen monatlich eine bestimmte Geldsumme. **Dein Jimmy Kater**

224 Euro für ein Kind

Da Menschen, die länger ohne Job sind, kein eigenes Geld verdienen, sind sie auf staatliche Unterstützung angewiesen. Diese Hilfe wird Hartz IV (sprich: Hartz vier) oder Alg II (Arbeitslosengeld zwei) genannt.

Weil bei der Arbeitsagentur oft viel los ist, müssen die Leute dort eine Nummer ziehen, mit der sie aufgerufen werden.

Wie viel einem Langzeitarbeitslosen monatlich zusteht, ist genau festgelegt. Ein Erwachsener, der allein lebt, erhält normalerweise 382 Euro. Für ein Kind wird weniger angesetzt: Es bekommt bis fünf Jahre 224 Euro, zwischen sechs und 13 Jahren 255 Euro, und für Jugendliche ab 14 stehen 289 Euro zur Verfügung.

Manche Politiker, Sozialarbeiter oder auch betroffene Familien halten das für zu wenig. Die Leistung kann sogar noch gekürzt werden, wenn der Arbeitslose Arbeitsangebote nicht annimmt. SHARON CHAFFIN

+ Extra-Interview mit dem Chef der Bundesagentur +

Wenn ein Elternteil arbeitslos ist, belastet das die ganze Familie. Wie fühlen sich Arbeitslose und wie gehen Kinder mit der Situation um? Das fragten wir Frank-Jürgen Weise, den Chef der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, der auch Vater zweier erwachsener Kinder ist.

Herr Weise, wie fühlen sich Arbeitslose?

Frank-Jürgen Weise: Die allermeisten sind traurig. Denn Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens. Sie gibt das Gefühl, gebraucht zu werden und macht Freude. Viele haben auch Angst, denn ohne Arbeit verdient man kein Geld. Und daher fragen sich arbeitslose Menschen, wie sie alles bezahlen sollen: Miete, Essen oder die Klassenreise für die Kinder. Zwar gibt es Arbeitslosengeld, aber das ist viel weniger als der Verdienst bei einer Arbeit.

Wie schlimm ist es für Kinder, wenn Eltern arbeitslos werden?

Frank-Jürgen Weise: Arbeitslosigkeit ist immer schwierig für die ganze Familie. Denn keiner weiß genau, wie es weitergeht. So entstehen große Sorgen. Am besten ist es, wenn alle gemeinsam darüber sprechen. Denn niemand muss sich für Arbeitslosigkeit schämen. Sie ist ganz normal in einer Marktwirtschaft. Etwas leichter wird es, wenn die Arbeitslosigkeit nur kurz dauert. Denn dann verliert sie ihren Schrecken.

Wie kann die Arbeitsagentur den Menschen helfen, wieder einen Job zu bekommen?

Frank-Jürgen Weise: Wir haben viele Möglichkeiten. Wir beraten die arbeitslosen Menschen, was sie alles tun können. Wir kennen freie Jobs und vermitteln die Arbeitslosen an die Firmen. Und wenn jemand nicht das kann, was die Firma braucht, sorgen wir dafür, dass er das noch lernt. Wir bezahlen diese Schulungen. Und wenn ein Chef diesen Menschen dann immer noch nicht einstellen will, dann können wir zum Beispiel einen Teil des Gehaltes übernehmen.

Manche Leute behaupten, viele Arbeitslose sind einfach nur zu bequem und wollen gar nicht arbeiten. Sind unter den Arbeitslosen tatsächlich solche Menschen?

Frank-Jürgen Weise: Ja, aber das betrifft wirklich nur sehr wenige. Die sagen sich: Warum soll ich arbeiten, wenn ich auch mit Hilfe des Staates über die Runden kommen kann? Das ist aber nicht sehr klug. Denn Arbeit gibt dem Leben doch mehr als Geld, nämlich auch Sinn. Und jeder Mensch kann etwas besonders gut und sollte dieses Können und Wissen doch auch mit anderen teilen.

Interview: SHARON CHAFFIN

DGB zu Jugendarmut: Über 900 junge Hartz-IV-Empfänger

Viele der betroffenen 15- bis 24-Jährigen betreuen selbst kleine Kinder – Existenzsichernde Löhne gefordert

DGB-Vorsitzender Stephan Doll: „Jugendliche nicht mit Maßnahmen abspeisen." Foto: Brühschwein

ANSBACH/NEUSTADT (kg) – DGB-Regionsvorsitzender Stephan Doll hat gestern die Jugendarmut kritisiert. Nach dabei vom DGB Mittelfranken vorgelegten Zahlen sind in der Stadt Ansbach sowie den Kreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Ansbach insgesamt über 900 junge Leute auf Hartz IV angewiesen.

Einer „aktuellen Auswertung" zufolge waren es in Ansbach 306, im Neustädter Kreis 284 und im Kreis Ansbach 384 Jugendliche. In der Stadt Ansbach seien 6,4 Prozent aller 15- bis 24-Jährigen betroffen, im Kreis Ansbach 1,7 Prozent und im Neustädter Kreis 2,4 Prozent. Über 70 Prozent von ihnen betreuen selbst Kinder unter drei Jahren. Jugendarmut sei hier „leider keine gesellschaftliche Randerscheinung". Jugendsekretärin Tina Malguth beklagte: „Diese jungen Menschen erfahren einen gesellschaftspolitischen Skandal bereits in jungen Jahren. Sie wachsen in Verzicht auf und erfahren ein höheres Risiko für eine mehrfache Benachteiligung."

Die Hartz-IV-Regelsätze seien deutlich hinter der Preissteigerungsrate zurückgeblieben und könnten das Existenzminimum nicht sicherstellen, so Doll. Die Betroffenen würden in Familien mit wenig Geld und schlechten Wohnverhältnissen groß: „Oftmals haben sie keine Chance im Ausbildungssystem und in der Arbeitswelt."

Nur etwas mehr als ein Fünftel (188) der auf Hartz IV angewiesenen Jugendlichen in der Region sei arbeitslos gemeldet. „Die Armut von Jugendlichen ist weitgehend auf das Fehlen von existenzsichernden Arbeitsplätzen der Eltern zurückzuführen. Armut wird vererbt", lautete Dolls Fazit aus vielen Daten.

Malguth und er forderten, etwa für leistungsschwächere Schüler eine frühere und intensivere Unterstützung. Alle Beratungs- und Betreuungsangebote sollten unter einem Dach gebündelt werden, da ein undurchschaubarer Maßnahmen-Dschungel entstanden sei. Nötig seien zudem existenzsichernde Löhne, um die Hartz-IV-Bedürftigkeit zu überwinden. Jugendliche, die für eine berufliche Ausbildung geeignet seien, „dürfen nicht länger mit berufsvorbereitenden Maßnahmen abgespeist werden", erklärten die beiden Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

FZ v. 05.02.13

Papst Franziskus:

„Arm sind die Menschen, die keinen Sinn in ihrem Leben sehen.“